

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Claudia Stamm, Renate Ackermann, Thomas Gehring, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Ehe für alle: Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Bundesrat den Gesetzentwurf der Länder Rheinland-Pfalz, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein für ein Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts zu unterstützen.

Begründung:

Mit BR-Drs. 196/13 vom 12. März 2013 haben die Länder Rheinland-Pfalz, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein den Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts vorgelegt.

Dieser Gesetzentwurf sieht vor, dass durch eine Ergänzung des § 1353 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) klargestellt wird, dass auch Personen gleichen Geschlechts eine Ehe eingehen können.

§ 1353 Absatz 1 Satz 1 BGB soll nach dem Gesetzentwurf wie folgt lauten: „Die Ehe wird von zwei Personen verschiedenen oder gleichen Geschlechts auf Lebenszeit geschlossen.“

Eine traditionelle Auffassung der Ehe, für die die Geschlechtsverschiedenheit der Ehegatten prägend ist, ist nicht mehr allgemein anerkannt. Dies wird auch durch den internationalen Rechtsvergleich bestätigt. Die Rechtsordnungen zahlreicher Länder bieten weitere Anhaltspunkte dafür, dass das Konzept der ausschließlich für geschlechtsverschiedene Personen offenen Ehe überholt ist. In den letzten Jahren gab es entsprechende Gerichtsentscheidungen oder Gesetzesänderungen in Belgien, den Niederlanden, Kanada, Südafrika, Spanien, Norwegen, Schweden, Portugal, Island, Dänemark, Argentinien und in etlichen Staaten der USA.

Der Gesetzentwurf greift damit das in etlichen Studien und Umfragen festgestellte veränderte Bewusstsein in der Bevölkerung in Deutschland auf. Dies wird auch in der Begründung des Gesetzentwurfs ausführlich erläutert.

In mehreren Entscheidungen hat das Bundesverfassungsgericht eine Diskriminierung Eingetragener Lebenspartnerschaften gegenüber der bisherigen Ehe geschlechtsverschiedener Ehegatten verboten, da es dafür weder eine Notwendigkeit noch eine Rechtfertigung gibt.

Der Gesetzentwurf passt somit das BGB an die gesellschaftliche Veränderung an, setzt die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts um, ermöglicht Deutschland den Anschluss an internationale Modernisierungstendenzen zu halten und entspricht einem Bedürfnis weiter Teile der Bevölkerung. Bayern sollte im Bundesrat eine solche Entwicklung unterstützen.